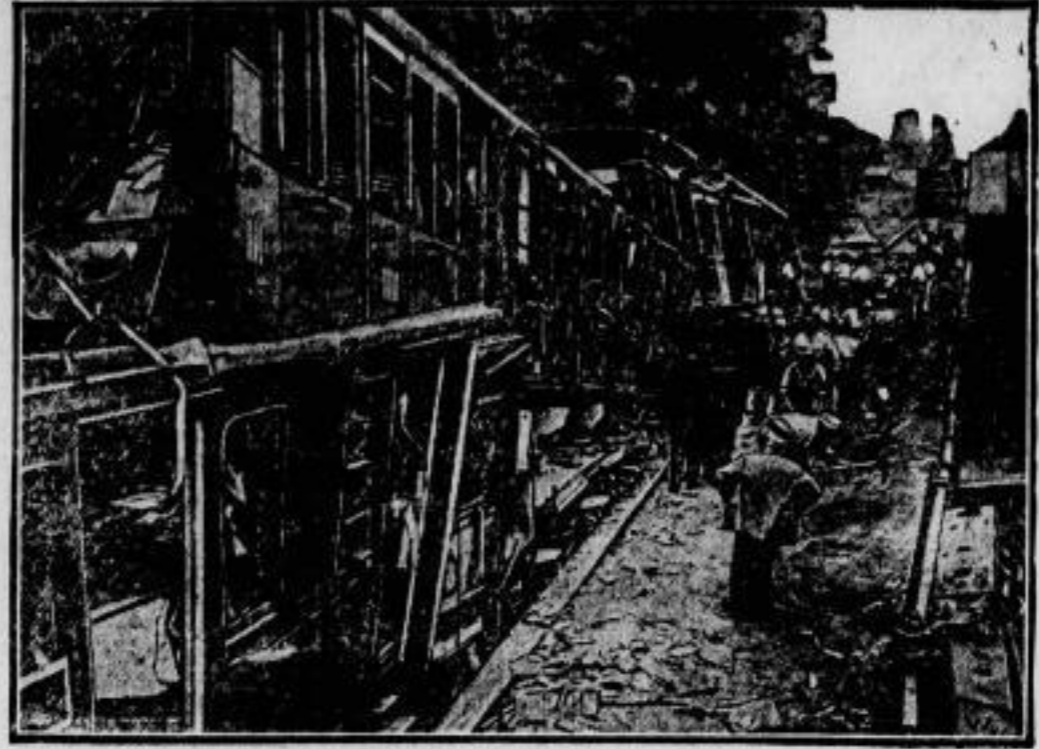


Die Sternwarte in Greenwich.



Das große Eisenbahnunglück in Frankreich.

Bei diesem großen Eisenbahnunglück auf der Strecke Mans-Tours fanden 20 Fahrgäste den Tod, während 80 schwer verletzt wurden. Unser Bild zeigt die völlig zerstörtesten Wagen.

Die Beantwortung der alliierten Luftfahrnote.

Ueber die Vorbereitungen der deutschen Regierung zur Beantwortung der Luftfahrnote der Votschaltkonferenz, erfahren wir an maßgebender Stelle, daß der Beirat für Luftfahrwesen, der vor einiger Zeit von der Regierung einberufen wurde, um zu den Forderungen der Votschaltkonferenz Stellung zu nehmen, einen Ausschuss gewählt hat, mit der Aufgabe, ein umfangreiches Gutachten über sämtliche Punkte der Note auszuarbeiten. Die luftrechtlichen Fragen sind dem Geheimrat Schreiber von der Universität Königsberg zur gutachtlichen Beurteilung vorgelegt worden und dieser hat sein Gutachten eben fertig gestellt. Geheimrat Schreiber kommt zu der Ueberzeugung, daß die rechtlichen Forderungen der Note vollständig unhaltbar sind, da dieselbe ebenso wie die erste Note der Votschaltkonferenz vom Jahre 1922, die auf Grund des Londoner Ultimatus erzwungen ist, Verschärfungen und Erweiterungen des Versailler Vertrages darstellt, die einseitig unter seinen Umständen vorgenommen werden dürfen. Wörtlich sagt er: „Das ein alter Rechtsbruch nicht dadurch aufgehoben werden kann, daß man einen neuen begehe.“ Die übrigen Gutachten, die allerdings noch nicht vollständig abgeschlossen sind, gelangen ebenfalls zu der Schlussfolgerung, daß die Note weder für unsere Luftfahr-Industrie, noch für unseren Luftfahr-Verkehr tragbar ist, sondern auch für den ganzen europäischen Luftfahrverkehr erhebliche Nachteile im Gefolge haben müsse. Besonders scharf werden sich die Gutachten gegen die beabsichtigte Beschränkung der Zahl unserer Flugzeuge und gegen die uns auferlegte Verpflichtung, alle unsere Konstruktionen vor dem Bau einzureichen, denn sonst würde der Industrie-Spionage Tür und Tor geöffnet sein. Endlich nehmen die Gutachten auch scharf Stellung gegen die Beschränkung unserer Luftschiffbaues auf einen Rauminhalt von 2000 Kubikmeter.

Die sämtlichen Gutachten werden im Laufe dieses Monats in der Hand des Leiters des Luftamtes, Ministerialdirektor Brandenburg, sein, der sie der Reichsregierung unterbreiten wird. Es darf angenommen werden, daß die Reichsregierung die Note der Votschaltkonferenz in den nächsten Wochen beantworten wird.

Aushaltung Deutschlands vom internationalen Flugverkehr?

Nachdem die deutsche Regierung wiederholt die Erklärung abgegeben hat, daß sie mit den alliierten Staaten nur dann Konventionen über den Luftverkehr abschließen könne, wenn die Forderungen Deutschlands bezüglich seiner vollen Luftfreiheit anerkannt werden, verhandelt neuerdings Frankreich und die Tschechoslowakei, durch gegenseitige Vereinbarungen Deutschlands von einem Teil des internationalen Flugverkehrs auszuschließen. Unter anderem ist geplant, zwischen Prag und Paris eine Konvention abzuschließen, durch die der gesamte Luftverkehr nach dem Balkan und dem Orient ohne Beteiligung Deutschlands geregelt werden soll. Die Tschechoslowakei glaubt dabei die Luftfahrt vertreten zu können, daß es möglich sein würde, eine Luftfahrlinie Paris-Brag-Konstantinopel herzustellen, ohne deutsches Gebiet zu berühren. In den maßgebenden deutschen Sachverständigenkreisen ist man der Ansicht, daß diese Projekte völlig undurchführbar sind, sobald es ganz verfehlt wäre, wenn Frankreich und die Tschechoslowakei auf diese Weise einen Druck auf Deutschland ausüben wollten.

Ersparnisse bei der Reparationskommission.

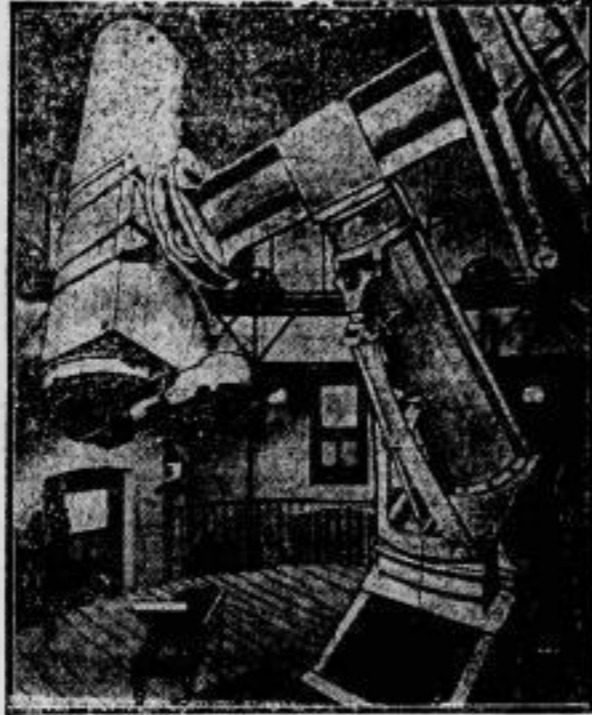
Paris. Wie mitgeteilt wird, hat sich die Reparationskommission in Ausführung des Beschlusses vom 4. Februar 1924 aus Ersparnisrücksichten entschlossen, ihre Büroräume im Hotel Altona bis spätestens Ende dieses Jahres auszugeben. Die Büros der Reparationskommission werden in Nr. 7 Rue de l'Église untergebracht werden. Das Communiqué betont, daß infolge dieser wesentlichen Einschränkungen der Reparationskommission bedeutende Ersparnisse erzielt werden.

Die Gewerkschaften gegen die Zollvorlage.

Wg. Die freigewerkschaftlichen und Hirsch-Dunderschen Spitzenverbände, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsbund, Deutscher Arbeiter- und Beamtenverbände, Allgemeiner freier Angestelltenbund und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, haben an den Reichstanzler und an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der es heißt: Durch die Einführung von Zöllen auf Lebensmittel und Futtermittel würde eine unersättliche Vertiefung der Lebenshaltungskosten eintreten, die nach sorgfältigen Berechnungen bei Durchführung der Regierungsvorläge eine minderbemittelte fünfköpfige Familie mit

Zum 250. Jahrestag der Gründung der ersten Sternwarte in Greenwich bei London.

Der englische Chronom John Flamsteed (1646-1719) machte den damaligen König Karl II. auf die große Bedeutung der Chronometrie, insbesondere für die Schifffahrt, aufmerksam. So entstand im Jahre 1675 die englische Nationalsternwarte in Greenwich bei London. Die Greenwich Sternwarte, deren Meridian als Nullmeridian für alle Seefahrten und auch für Landfahrten seit 1883 gilt, entwickelte sich allmählich zu einem der bedeutendsten Observatorien der Erde.



Das Hauptfernrohr der Greenwich Sternwarte.

einer Mehrausgabe von mindestens 150 Mark jährlich belastet würde. Schon die für die nächsten Monate beschlossene Sprunghafte Erhöhung der Mieten bedeutet für sämtliche Haushaltungen der Arbeiter, Angestellten und den größten Teil der unteren und mittleren Beamten eine Mehrausgabe, die dem fargen Lebensunterhalt abgerufen werden muß. In dieser Situation ist es völlig ausgeschlossen, daß die geplante Mehrbelastung durch die Agrarzölle von den Konsumenten getragen werden könnte. Es dürfte kein anderer Ausweg, als unverzüglich die Abwälzung der Belastung durch Lohn- und Gehaltsrückstellungen in Angriff zu nehmen. Gegen solche Erhöhungen ist aber bereits im voraus der Widerstand der Arbeitgeberverbände angekündigt worden. Schwere Lohnkämpfe und eine unheilvolle Erschütterung des gesamten Wirtschaftslebens müssen daher die unausweichlichen Folgen einer Durchführung der Zollvorlage sein.

Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß alles versucht werden muß, um noch in letzter Stunde den zu erwartenden Erschütterungen des Wirtschaftslebens vorzubeugen. Es muß mit allem Nachdruck daran gegangen werden, die besonderen Ersparnisse, unter denen die deutsche Landwirtschaft leidet und durch die sie schlechter gestellt ist als die Landwirtschaft anderer europäischer Länder, auf direktem Wege zu beseitigen. Es wären daher die Industriezölle und Einfuhrverbote, durch die die landwirtschaftlichen Produktionsmittel verteuert werden, anzuhängen, oder wenigstens in scharfer Depression abzubauen. Gleichzeitig wäre der Landwirtschaft der Weltmarkt für ihre Erzeugnisse zu sichern durch Freigabe der Ausfuhr und Beseitigung der Umlaufsteuer auf Lebensmittel. Die gegenüber der Vorkriegszeit unnatürlich vergrößerte Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist abzubauen; zu diesem Zweck ist vor allem der Zusammenschluß zwischen den Genossenschaften der Erzeuger und denen der Verbraucher anzubahnen.

Die unterzeichneten Spitzenverbände machen den Vorschlag, diese Maßnahmen durchzuführen und gleichzeitig die kurzzeit bestehende Zollfreiheit für Lebensmittel zunächst um ein weiteres Jahr zu verlängern. Nach Ablauf dieser Frist wäre die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen zu ermitteln und erst auf dieser Grundlage zur Frage der Agrarzölle endgültige Stellung zu nehmen. Der Versuch, die Zollpläne auf Grund der politischen Machtverhältnisse dennoch durchzuführen, würde nichts anderes darstellen als einen Mißbrauch der Staatsmacht, um politischen Parteiinteressen zu dienen und einflussreichen Wirtschaftskartellen Sondergewinne zuzuwenden. Das würde die schärfsten Abwehrmaßnahmen der benachteiligten Volksmassen hervorrufen und für unter gesamt politisches und wirtschaftliches Leben die verhängnisvollsten Folgen zeitigen. Die unterzeichneten Spitzenverbände halten es daher für ihre Pflicht, in letzter Stunde nochmals vor dem Betreten dieses Weges zu warnen.

Die Erörterungen über das Rheinland-Problem.

Wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, wird die Reichsregierung bei der Fortführung der Sicherheitsverhandlungen noch sehr ausführlich auf die bereits in der deutschen Antwortnote angeschnittene Frage der Aenderung des Besatzungsregimes eingehen. Nachdem sich die alliierten Regierungen scheinbar auf eine kategorische Erklärung geeinigt haben, wonach die Rheinlandfrage im Versailler Vertrag festgelegt sei und nicht durch irgendwelche Abmachungen geändert werden dürfe, ist für die Reichsregierung die Aufgabe entstanden, durch präzise Vorschläge ein Uebereinkommen zu ermöglichen, das an sich die Bestimmungen des Versailler Vertrages wesentlich abändern würde, ohne jedoch die Besatzungsfrage gänzlich zu beseitigen. Unter anderem denkt man dabei an eine starke Verringerung der Besatzungsgruppen und an die Beseitigung der Besatzungswahl der Besatzungsorgane gegenüber den deutschen Organen. Irgendwelche seit untrifflenen Pläne sind aber deutscherseits zur Zeit noch nicht ausgearbeitet worden.

Befreiungsfeiern im Ruhrgebiet.

Die Städte des geräumten Ruhrgebietes haben beschlossen, gemeinsam feierliche Feierlichkeiten anlässlich der Befreiung von der Besatzung zu veranstalten, zu denen auch der Reichspräsident von Hindenburg eingeladen werden soll. Die Feiern sollen aber erst dann stattfinden, wenn die Räumung der Sanktionsstädte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort erfolgt ist.

Die Votschaltkonferenz veranlaßt die Räumung der Sanktionsstädte.

Die Votschaltkonferenz in Paris hat eine Entschließung angenommen, in der das alliierte Militärkomitee aufgefordert wird, den militärischen Besatzungsbehörden die für die Räumung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort notwendigen Instruktionen zu erteilen.

Französische Brutalität.

Im Gegensatz zu dem Verhalten der französischen Regierung, die jetzt das Ruhrgebiet hat räumen lassen und die Vorbereitungen für die Räumung der Sanktionsstädte trifft, sieht das Benehmen der Besatzungsgruppen und Behörden in den alldeutschen Gebieten. Es ist, als ob diese für die „Nachgiebigkeit“ der Pariser Regierung sich an den unschuldigen Opfern ihrer Willkür rächen wollen. So hat ein sog. Kriegsgericht in Landau am 28. Juli einen evangelischen Geistlichen, den Kirchenrat Born von Bergabern, an vier Tagen Gefängnis wegen angeblicher Behördensubornierung verurteilt. Abgesehen davon, daß dem Delikt „nur ein Mißverständnis“ zu Grunde gelegen hatte, wurde nun die Bevölkerung dadurch aufs höchste erregt, daß der Geistliche von französischen Weibern auf der Straße verhaftet und ins Gefängnis abgeführt wurde. Französische Kultur!

Die Lage im Schneidemühlener Optantenlager.

Vizepräsident Hopp machte gestern Pressevertretern gegenüber Mitteilung von den geplanten umfangreichen Fürsorgemaßnahmen für Kinder, alte und kranke Personen und Säuglinge. Er erklärte weiter, die Zahl der im Lager eintreffenden Optanten sei auch weiterhin erheblich im Abnehmen begriffen. Im ganzen seien von der Optantenvermittlungsbüro bisher insgesamt 5753 Optanten vermittelt worden. Im Laufe dieser Woche sollen von der Lagerverwaltung — abgesehen von der Arbeitsvermittlung — 800 Personen auf die Regierungsbezirke verteilt werden. Vizepräsident Hopp machte ferner Mitteilung davon, daß der Reichslandbund beschlossen habe, 5000 Optantenkinder an dem Lande unterzubringen.

Minister Severing beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing gestern den preussischen Minister des Innern Severing, der ihm über seinen Besuch im Optantenlager Schneidemühl und über die von der preussischen Regierung für die Unterbringung der Optanten getroffenen Maßnahmen berichtete.

Die polnische Regierung für schnelle Ausweisung der deutschen Optanten.

Warschau. Ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten befaßte sich gestern mit der Optantenfrage, wobei ein Bericht des zuständigen Referenten über den Stand der Ausweisungen entgegengenommen wurde. Es wurde beschlossen, die Ausweisungen ununterbrochen und im schnellsten Tempo durchzuführen und sich von keinen Gefühlen beeinflussen zu lassen. Die Wiener Bestimmungen müßten genau durchgeführt werden.

Frankreich-Deutsche Annäherung.

Der 'Temps' stellt gestern Abend fest, daß zwischen Eng- land, Frankreich und Belgien in wesentlichen Punkten die

Frankreichs Friedenschloroform.

Die Regierung Painlevé spielt in der Marokkofrage demut ein Doppelspiel. Während die rechte Hand, den

Amerikanische Kompensation für Marokko.

Paris. Der Abflug von amerikanischen freiwilligen Kampftruppen nach Marokko ist gestern am späten Nach-

Noch keine Antwort von Abd el Krim.

Madrid meldet aus Tanger, die Viskagelanten, denen die französisch-spanischen Friedensbedingungen übermittelt

Ergebenheitsdeklarationen für Abd el Krim.

Tanger. Im Verlaufe einer in Abid abgehaltenen Sitzung haben die Kaiden der Bulana, Dschebala und An-

Englische Darstellung der Lage in Marokko.

London. Der Berichterstatter des Daily Telegraph in Tanger schreibt, die Lage an der französischen Front

Politische Tagesübersicht.

Wohnverhältnisse in München. Die Gewerkschaft der Gemeindearbeiter hat den mit dem Landesarbeitgeberverband

Das Frankfurter Wahlrecht abgelehnt. Der belgische Senat hat den von den Radikalen eingebrachten Zusatzantrag, den

Das Ministerium für die besetzten Gebiete. Ueber die Haltung des Zentrums in der Frage der Wiederbesetzung

fraktionelle Bindung an das Kabinett bisher nicht wünschenswert sei. Die Haltung des Zentrums zur gegenwärtigen

Eine neue Erkrankung im Reichstage. Frau 'Vorwärts' erkrankt die sozialdemokratische Abg. Frau Krüger gestern

10 Millionen Pfund Sterlin für den britischen Kohlenbergbau. Wie Reuters erzählt, wird die Regierung in der

Demische Studenten beim Anzug von Bulgarien. Die deutschen Studenten, die zur Zeit Bulgarien bereisen, be-

Schlornachfolger im Reichstage. Für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Schlornach tritt der Reichstags-

Verbot

des Führens der schwarz-weißen Fahne.

Wien. Der preussische Innenminister Gensering hat unter dem 30. Juli an die Regierungspräsidenten einen Erlass

Regierungserklärungen im englischen Parlament über Marokko und China.

London (Unterhaus). Der Erste Lord der Admiralsität Sir Samuel Hoare, entsprechend der Tanger-Kon-

Im Oberhaus erklärte Balfour namens der Regierung, die chinesischen Zustände in China seien nicht auf eine

Streikruhen in Wales.

Ammanford (Wales). Heute Nacht kam es hier aus Anlaß des Anthrazitbergarbeiterstreiks zu ersten Ausschreitungen.

Die deutsche Wirtschaft im Juli 1925.

Wien. Die Lage des Bergbaues hat sich im Monat Juli weiter verschlechtert. Der Kohlenverbrauch der Bevölkerung

Die Lage der Groß-Eisenindustrie hat sich ebenfalls weiter verschlechtert. Die weiterverarbeitenden Betriebe

Bei der Gruppe Nahrungsmittel und Genussmittel wird im Getreidehandel nur vereinzelt lebhafter Geschäft mitgeteilt.

Auch die Lage des Baumarktes hat sich im Laufe des Berichtmonats verschlechtert. Vier Spielte namentlich der

Bei der Textilindustrieindustrie gelitten die Wollpreise keine wesentlichen Veränderungen. In den Wollwebereien und

Die Tagung der Zahnärzte in Karlsruhe.

Wien. Der Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands A. B. hielt seine Verammlung in Karlsruhe ab. Den Geschäftsbericht erstattete Dr. Hoffmann-Berlin, während Dr.

12. Deutscher Stenographentag Gabelberger.

Im den Tagen vom 25. bis 28. Juli fand in München der 12. Deutsche Stenographentag Gabelberger statt. Der

Der Münchener Stenographentag 1925 hat aber eine speziell historische Bedeutung: zum ersten Male in den

Es ist nicht verwunderlich, sondern verständlich, daß auch Stimmen gegen die Umstellung von dem seit Jahrzehnten

Mit der Tagung war ein Bundeswettschreiben verbunden, an dem über 2000 Personen teilnahmen. Sachfen stellte

Deutsch-Nordnordische Volkshochschulkurse in Reichen.

Reichen, 5. August. Der zweite Tag in der Woche fand im Reichen der Kurse aus dem Norden. Erich



